

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,10 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die dreigespalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. S. Meister & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: S. Prüll, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3. Fernsprechanzeige 2 28 41 und 2 28 42.

Armeut-Weihnacht.

Maria war armer Leute Kind, So arm, wie die Armen noch heute sind. Als dann ihre Stunde der Schmerzen kam Und ihr ein Kind aus dem Herzen nahm, Lag sie im Stall, dem Vieh zugesellt, Und gab der Welt den Heiland der Welt. Maria hatte kein Bett, keine Windeln, Weil die Reichen die Armen ums Letzte beschwindeln.

So ist der Heiland ein Kind der Not, Er hungerte auch nach Milch und Brot, Er sehnte sich auch nach Licht und Freud, Grad wie noch heut die armen Leut. Und er begriff durch Not und Qual, Wie der Reiche die armen Leute beschalt. Da schwang er die Geißel zürnender Rede, Ansagend dem Reichthum ewige Fehde.

Was Jesus die armen Leute gelehrt, Ward von den Reichen verdreht und verkehrt. Drum ist das Christkind jetzt mehr im Palast Wie in der Hütte beschenkender Gast. Es wird erst anders für Jud und Christ, Wenn jeder sein eigener Erlöser ist, Wenn jeder erkennt: Vom Schlechten und Bösen Kann mich nur mein eigener Wille erlösen!

Viktor Kalinowski.

Preußen hat zwei Regierungen.

Die Regierung Braun ist grund- und rechtlos mit Gewalt beseitigt worden. Der Artikel 48 der Reichsverfassung ist nicht zu dem Zwecke geschaffen worden, um die Länderregierungen zu zertrümmern, sondern zu ganz anderen Zwecken.

Wenn schon die Preußenregierung mit Gewalt und die Berliner Polizeipräsidenten durch handgranatengerüstete Reichswehr beseitigt worden sind, weshalb nicht auch die anderen Länderregierungen und hauptstädtischen Polizeipräsidenten? Weshalb erhalten Bayern, Württemberg, Baden, Braunschweig, Thüringen usw. nicht auch zwei Regierungen?

Der Reichstag hat die Reichsreform zu beraten und zu beschließen, er hat die Befugnis, die Verfassung zu ändern, nicht eine beliebige Regierung mit Hilfe der Reichswehr. Der Reichstag muß diesen ungeseligen Zustand beseitigen. Reichstag, Reichsrat und Preussischer Landtag müssen das Recht wiederherstellen. Sie müssen auch dem Staatsgerichtshof seine Autorität wiedergeben. Ein Volk, d. h. ein Parlament, das sich solches gefallen läßt, was gegen Preußen geschieht, ist wert, daß es nicht besser behandelt wird als geschehen. Ein Parlament, das sich nicht mehr gegen Unrecht auflehnt, verläßt seine Aufgabe. Glaubt jemand, in England oder Frankreich ließe sich das Parlament bieten, was gegen die Preußenregierung geschieht? Unmöglich.

Reichsreform durch legale Mittel, ja; Reichsreform durch Gewalt, nein.

Wer ist es, der die Reichsreform auf gesellichem Wege nicht abwarten kann?

Fort mit dem Papenstreich! Fort mit dem Faustrecht!

Papen zum Teil ausgefegt.

Der Reichstag hat bekanntlich auf Antrag der Sozialdemokratischen Partei eine ganze Reihe von Beschlüssen gefaßt, die eine Aufhebung des von der Papenregierung notverordneten sozialen Unrechts zur Folge hatten. Im Haushaltsausschuß des Reichstages fanden die notwendigen Detailauseinandersetzungen mit den Regierungsvertretern statt. Nunmehr hat das Reichskabinett in seiner Sitzung vom 14. Dezember 1932 die Aufhebung der Verordnung über Lohnkürzungen und Mehreinstellungen vom 5. September beschlossen. Als Termin für den Wegfall der Lohnkürzungen ist der 31. Dezember 1932 vorgegeben. Um jedoch Arbeitgeber, die von der Verordnung Gebrauch gemacht haben, und ihre Arbeitnehmer-schaft vor wirtschaftlichem Schaden zu bewahren, kann der Schlichter unter gewissen Voraussetzungen die Berechtigung zur Tariflohnunterschreitung noch bis zum 31. Januar 1933 verlängern. Entsprechende Anträge müssen spätestens am 31. Dezember 1932 beim Schlichter eingegangen sein. Der zweite Teil der Verordnung, der den Schlichter ermächtigt, für gefährdete Betriebe auf tariflichem Gebiet Erleichterungen zu gewähren, fällt Ende Januar 1933 weg. Mit der Verordnung verlieren auch die zu ihr ergangenen Ausführungsbestimmungen ohne weiteres ihre Wirkung.

Aber die von der Sozialdemokratischen Partei geforderte und vom Reichstag beschlossene Winterhilfe, die sich erstrecken soll auf finanzielle Hilfe und Lieferung von Kohlen usw. konnte im Haushaltsausschuß mit der Regierung keine Einigung erzielt werden. Sie hat jedoch die Verbilligung von Kohle und Fleisch angekündigt, die aber von den Arbeitslosen nicht gekauft werden können.

Zu den Beschlüssen des Reichstages und des Haushaltsausschusses auf Grund sozialdemokratischer Anträge über die Arbeitsbeschaffung stehen nach dem Ergebnis der Beratungen

des Reichskabinetts etwa 1 1/2 Milliarden Mark zur Verfügung. Diese setzen sich zusammen aus 640 Millionen Mark, die aus den Steuergutscheinen, und 350 Millionen Mark, die aus dem alten Arbeitsbeschaffungsprogramm noch zur Verfügung stehen. Zu dieser Summe von 990 Millionen Mark sollen noch etwa eine halbe Milliarde neuer Mittel, voraussichtlich über die Reichsbank, beschafft werden.

Nachdem die Besprechungen so weit gediehen sind, ist zu hoffen, daß die Ausführung nicht lange auf sich warten läßt. Arbeiten der öffentlichen Hand sind in reichem Maße vorhanden! auf dem Gebiete der Siedlung warten Menschen und Materialien ihrer Ausbarmachung. Kommt erst das Hoch- und Tiefbaugewerbe durch die gemeinnützigen Unternehmungen in Gang und damit der steigende Konsum aller Güter, dann werden alle Volksschichten ohne Ausnahme in den Arbeitsprozeß mit einbezogen. Es muß nur aufgepaßt werden, daß nicht das privatrechtliche Gewinn- und Spekulantentum die ganze Sache wieder kaputt schlägt. Der Erfolg wird und kann dann nicht ausbleiben. Werden die Allgemeininteressen in den Vordergrund gestellt, dann werden wir nicht das jämmerliche Fiasko erleben wie bei dem wunderbaren Ankerbalkenmanöver des Herrn Papen. Wenn in Deutschland der Gedanke die Oberhand gewönne, stets nur in erster Linie den Kapitalisten und großen Grundbesitzern zu „helfen“, dann wäre Deutschland verloren. Die genannten Schichten scheinen gar nicht zu wissen, daß eine seit Jahren verarmte Menschenmasse mehr und mehr moralisch verkommen muß. Den Beweis hierfür haben wir in den Mörderkolonnen der Nationalsozialistischen Partei. Und wenn solche Menschen nach Millionen zählen, dann werden sie eines Tages Staat und Wirtschaft in Trümmer schlagen. Dann wird die kapitalistische Wirtschaft gewiß nicht in Schönheit sterben. Also:

Soziale Interessen vor privatrechtliche Interessen!

Sozialistische Planwirtschaft schützt vor Krisen.

Man weiß noch nicht, wie das kapitalistische Wirtschaftssystem diese schwerste aller Krisen überleben wird. Sicher aber ist es, daß es diesem Zusammenbruch auf allen Gebieten nur stark beschädigt zu entkommen vermag.

Krisenzeiten sind der günstigste Boden, Projekte aller Art entstehen zu lassen. So wurden auch für einzelne Teile des kapitalistischen Wirtschaftssystems zahlreiche Verbesserungs-vorschläge gemacht. Die Zahl der Projekte bezüglich der Währungsreform allein wird auf 20 000 geschätzt. Auch sonst sind viele Leute an der Arbeit, gutgemeinte Pläne für eine bessere Wirtschaftsordnung, selbstverständlich für eine privatrechtliche, auszuarbeiten. Neben dieser Projektspielerei hat aber die sozialistische Wissenschaft ernstgemeinte und durchaus realisierbare Pläne zum Ausbau der Versorgung der Menschheit mit Wirtschaftsgütern ent-

worfen. Sie war dazu berufen, weil sie nicht im blinden Nebel fruchtloser Agitation arbeitet, sondern sich auf eine sechzigjährige intensive Forschungsarbeit stützen kann, der auch praktische Erfahrungen auf allen Gebieten zur Seite stehen. Die Forderung nach sozialistischer Planwirtschaft muß doch nicht von der Hand zu weisen sein, sonst würden sich nicht die besten Köpfe der kapitalistischen Wirtschaft mit ihr auseinandersetzen.

Der Präsident des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes und Mitglied des Verwaltungsrats der Internationalen Handelskammer, Dr. Georg Solmsen, hat kürzlich im Institut für Wirtschaftswissenschaft in Frankfurt am Main einen Vortrag über das Thema Kapitalismus oder Planwirtschaft gehalten. Es lohnt sich, einiges aus der Verteidigungsrede dieses Vertreters des Kapitalismus

festzuhalten. Solmsen sieht in der Verfälschung der wirtschaftlichen Folgerichtigkeit des Kapitalismus durch die Politik den Ausgang allen Übels. Nach seiner Meinung hat der Kapitalismus die Aufgabe gelöst, immer größere Kreise der Menschheit an der Entwicklung der Technik teilnehmen zu lassen. „Erst die Zusammenfassung kleiner Einzelbeträge zu großen Kapitalsummen schuf die Voraussetzungen dafür, Aufgaben größten Stils, wie Erschließung der wirtschaftlichen Möglichkeiten von Ländern und Erdteilen, in Angriff zu nehmen.“ Nach Solmsen hat das Kriegsschuldenproblem zur Verwirrung des „weltwirtschaftlichen kapitalistischen Systems“ geführt. Der Schuldbetrag in Höhe von 210 Milliarden Goldmark belastet die Weltwirtschaft und ruht wie eine erste Hypothek auf jedem Produkt, das die mit diesen Schulden behafteten Staaten erzeugen. Das ist durchaus richtig; es muß aber dabei beachtet werden, daß die Personen, die für den Krieg und seine Folgen verantwortlich sind, Vertreter der kapitalistisch-imperialistischen Wirtschaftspolitik waren. Wer die Expansionsstendenzen der großkapitalistischen Staaten gefördert hat, muß auch die Verantwortung für die Folgen einer solchen Politik übernehmen. Ein Ablenkungsversuch allerbesten Art ist es, die Massenarbeitslosigkeit in der Welt auf die Verfälschung des kapitalistischen Systems durch die Politik zurückzuführen. Richtig ist es, eine wirtschaftliche Zusammenarbeit aller Länder mit allen Mitteln zu erstreben, wofür die Technik so außerordentliche Voraussetzungen geschaffen hat. Wenn aber Solmsen ausführt, daß hierzu planwirtschaftliche Systeme nicht geeignet seien, so muß darauf hingewiesen werden, daß die egoistische, kapitalistische Nationalwirtschaft mit all ihren Folgen nur zur Zerreißung der Weltwirtschaft geführt hat.

Die Vorschläge der Gewerkschaften und der sozialistischen Partei fordern vor allem Planwirtschaft auf dem Gebiete der Kreditwirtschaft. Mit Recht werden die Auswüchse der verflochtenen Hochkonjunkturperiode und die Verschärfung der nachfolgenden Krise auf die planlose Lenkung des Kapitalstroms zurückgeführt. Einen Gedankenfehler der Planwirtschaftler sieht Solmsen darin, daß sie die Erfahrungen von Monopolbetrieben auf Wirtschaftszweige anwenden wollen, die monopolistisch gar nicht betrieben werden könnten, wenn man nicht aus Deutschland eine Kaserne oder ein Zuchthaus machen wolle. Die sozialistische Planwirtschaft zielt keineswegs darauf ab, etwa das Friseur-gewerbe, die kleinen Schuhmachereien oder ähnliche Wirtschaftszweige zu verstaatlichen oder zu sozialisieren. Daß aber die Verstaatlichung der Großbetriebe, der Banken, des Bergbaues, der Eisenindustrie usw. ein wesentlicher Schritt zur Beseitigung der Planlosigkeit ist, wird niemand bestreiten können. Ein stichhaltiges Argument gegen die Planwirtschaft sieht Solmsen in der Eigenverantwortlichkeit der Betriebsführung. Er gibt aber im selben Augenblick folgendes zu: „Der Kapitalismus der Gegenwart ist in solchem Umfang über die privatwirtschaftlichen Interessenskreise hinausgewachsen, daß die Allgemeinheit ein Recht hat, zu fordern, die Führung der privatwirtschaftlichen Gebilde in Einklang mit den Bedürfnissen des Allgemeinwohls zu bringen.“ Das ist eigentlich die beste Beweisführung für die Notwendigkeit einer schleunigen Änderung des gegenwärtigen Wirtschaftssystems!

Es berührt eigenförmlich, von einem Manne wie Solmsen zu hören, daß der Wettlauf mit dem politischen Lohn die Unternehmer gezwungen habe, die Rationalisierung

Erfolgreiche Werbearbeit.

Unermüdet und unverdrossen sind unsere Funktionäre und Funktionärinnen in der Agitation tätig. Sie stellen die Geister um, lehren sie logisch denken und handeln und beeinflussen damit das Sein der Arbeiterschaft und das Werden der neuen Wirtschaftsform und des werdenden neuen Staates.

Über Agitationserfolge berichten folgende Zahlstellen:

Gau 4.	Gau 8.
Köslin (Oktober) 25	Immenau (seit 1. Oktober) 90
Neustettin (Oktober) 14	Schleusingen (November) 22
Stolz (November) 18	Gau 9.
Straßand (November) 15	Afchaffenburg (Oktober
Hohenkrug 15	und November) 231
Waren 9	Selb (seit Oktober) 34
Fäßz 5	Gau 14.
Friedland 5	Vonn (November) 26
Lehbn 4	Dären 56
Köslin 3	Goch 29
Koslow 3	Köln 135
Dömitz 2	Krefeld 27
Gau 6.	Neuwied 10
(Von Oktober bis 5. Dezbr.)	Andernach 19
Hirschberg 142	Stolberg 13

Agitation heißt Werden. Passivität heißt Vergehen. Vorwärts für Freiheit und Brot! Kampf dem barbarischen, menschenvernichtenden Kapitalismus!

der Betriebe vorzunehmen. Ein Fachmann der Volkswirtschaft sollte es vermeiden, sich auf solchen Gemeinplätzen zu tummeln. Daß im Bereiche der kapitalistischen Wirtschaft nicht alles eitel Wonne ist, beweist Solmissen durch die Forderung nach Reinlichkeit der Wirtschaft und nach Ehrbarkeit des deutschen Kaufmanns. Wenn außergewöhnliche Mißstände auf dem Gebiete der Reinlichkeit und Ehrbarkeit nicht vorhanden wären, würde es solcher Mahnungen nicht bedürfen.

Bei näherer Betrachtung stellt sich die Untersuchung Solmissens als eine Mohrenwäsche des Kapitalismus heraus. Sicher ist der Kapitalismus von heute nicht mehr der, der er in seiner Sturm- und Drangperiode war. Große Teile der Wirtschaft sind bereits der privatkapitalistischen Einflußnahme und Betriebsführung entzogen. Es ist absolut nicht einzusehen, daß die Vergesellschaftung, die auf dem Gebiete der Eisenbahn, des Verkehrswesens, der Versorgungsbetriebe von Elektrizität, Gas- und Wasser und auf anderen Gebieten erfolgt ist durchgeführt ist, nicht auch auf weitere Zweige der Großindustrie, des Geldwesens, des Verkehrs usw. ausgedehnt werden könnte. Konjunkturgenossenschaften, Staatsbanken, Arbeiterbanken und soziale Baubetriebe zeigen, wie die Gemeinwirtschaft auch auf anderen Gebieten durchgeführt werden kann. Wir sind überzeugt, daß die sozialistische Planwirtschaft eine solche Krisenkatastrophe wie die gegenwärtige nicht herbeiführen wird. Deshalb muß im Namen der hungernden und nach Arbeit verlangenden Menschheit immer wieder die Forderung nach sozialistischer Planwirtschaft erhoben und ihre Durchführung mit allen Kräften gefördert werden.

Ein Fortschritt in der Abrüstungsfrage.

Die sogenannte Fünfmächtekonferenz in Genf hat zu einer Vereinbarung geführt, die die Gleichberechtigung- und Sicherheitsfrage betrifft und es Deutschland gestattet, sofort in die Abrüstungskonferenz zurückzukehren. Die Regierungen der fünf Großstaaten erklären, daß sie unter keinen Umständen versuchen werden, gegenwärtige oder künftige Streitigkeiten untereinander mit Gewalt zu lösen. Sie sind entschlossen, ein Abkommen zur Herabsetzung und Begrenzung der Rüstung auszuarbeiten.

Menschenfresserin Maschine.

In der kapitalistischen Wirtschaft nimmt die Maschine vielen Menschen Brot, Gesundheit und Leben. In der sozialistischen Wirtschaft gibt die Maschine den Menschen Freiheit, Gesundheit und Wohlergehen.

Auch im Bergwerke hat die Maschine weitgehend Eingang gefunden. Die Zeitschrift „Das Bauwerk“ Nr. 12 bringt dafür durchschlagende Beweise. Ein Wohnblock mit 240 Wohnungen erforderte für die Herstellung der Maurerarbeiten

im Jahre 1914	8110,8 Tagewerke,
im Jahre 1928	5555,4 Tagewerke.

Die durch die Maschine verminderte Arbeitsgelegenheit betrug im Jahre 1928 2555 Tagewerke gleich 31,5 v. H.

Die Bürgersteuer 1933.

Bürgersteuerpflichtig sind alle Personen, die am 10. Oktober 1932 18 Jahre alt waren und an diesem Tage im Gemeindebezirk wohnen.

Bürgersteuerfrei sind folgende Personen: 1. Die am 10. Oktober 1932 vom öffentlichen Wahlrecht ausgeschlossen oder rechtlich in seiner Ausübung behindert waren. 2. Die an den Fälligkeitstagen der Bürgersteuer die Arbeitslosen- oder Kräfteunterstützung erhalten. 3. Die laufend öffentliche Fürsorge genießen. 4. Die Rentner aus der Sozialversicherung empfangen und deren gesamtes Jahreseinkommen 900 Mk. nicht übersteigt. 5. Die eine Zusatzrente nach dem Reichsversorgungsgesetz erhalten. 6. Personen, von denen nach den Verhältnissen am Fälligkeitstage anzunehmen ist, daß ihre gesamten Jahreseinkünfte 1933 den Betrag nicht übersteigen werden, den sie nach ihrem Familienstand am 10. Oktober 1932 nach den an diesem Tage geltenden Vorschriften im Falle der Hilfsbedürftigkeit als Wohlfahrtsunterstützung in einem Jahr erhalten würden.

Wie hoch ist die Bürgersteuer? Die Höhe der Bürgersteuer richtet sich nach der Höhe des Einkommens und den Beschlüssen der Gemeinden.

Der Grundtarif (Landesfuß) der Bürgersteuer ist 6 Mk. bei Jahreseinkommen bis 4500 Mk., 9 Mk. über 4500 Mk. bis 6000 Mk. Zu den Landesfuß kommen die Gemeindezuschläge, die in Hundertsätzen zum Grundtarif erhoben werden. Unter Zugrundelegung des niedrigsten Landesfußes von 6 Mk. beträgt die Bürgersteuer beispielsweise bei 300 v. H. Zuschlag 18 Mk., bei 500 v. H. Zuschlag 30 Mk. usw.

Der Berechnung der Bürgersteuer für 1933 wird grundsätzlich das Bruttoeinkommen von 1931 zugrunde gelegt. Ist der Steuerpflichtige erst 1932 unbeschränkt einkommensteuerpflichtig geworden, so wird vom maßgeblichen Einkommen des Jahres 1933 ausgegangen. In beiden Fällen sind vom Bruttoeinkommen 1300 Mk. als steuerfreier Betrag abzuziehen. Hat also beispielsweise das Jahreseinkommen 3000 Mk. betragen, dann wird mit einem bürgersteuerpflichtigen Einkommen von 1700 Mk. gerechnet. Diese Bestimmung hat aber nur für solche Personen Bedeutung, deren Jahreseinkommen den Betrag von 4500 Mk. übersteigt; zu diesen Rentnern gehören die Arbeiter leider nicht. Im übrigen gilt auch hier, daß das Einkommen der Ehegatten zusammenzurechnen ist.

Ermäßigung des Steuerfußes. Für Personen, die einkommensteuerfrei sind, ermäßigt sich die Bürgersteuer auf die Hälfte des niedrigsten Landesfußes. Als einkommensteuerfrei ist ein Steuerpflichtiger anzusehen, wenn er an die Ehegatten im Jahre 1931 so wenig verdient haben, daß er die Einkommensteuer nicht zu zahlen braucht. Sofern die Bürgersteuer nicht bereits wegen Einkommensteuerfreiheit im Jahre 1931 auf die Hälfte des niedrigsten Landesfußes ermäßigt ist, wird sie auf Antrag des Steuerpflichtigen herabgesetzt, wenn anzunehmen ist, daß er auch 1933 so wenig Einkommen hat, daß er einkommensteuerfrei ist. Für die Berechnung des Einkommens gelten auch hier die bereits erwähnten Vorschriften. Die Hälfte des niedrigsten Landesfußes (3 Mk. statt 6 Mk.) macht ans bei 300 v. H. Zuschlag 9 Mk., bei 500 v. H. Zuschlag 15 Mk. usw. Ist das Einkommen 1932 gegenüber dem Einkommen von 1931 um mehr als 50 v. H. zurückgegangen, so wird die Bürgersteuer um den über 50 hinausgehenden Hundertsatz ermäßigt; z. B. bei 80 v. H. Einkommensrückgang um 20 v. H. Der Antrag muß bei der zuständigen Gemeindevorstande gestellt werden, die dann eine entsprechende Bescheinigung ausstellen, die dem Unternehmer vorzulegen ist.

Rechtsmittel. Gegen die etwaige falsche Berechnung der Bürgersteuer oder die nicht volle Berücksichtigung der Ermäßigungsvorschriften ist bei

der zuständigen Gemeindebehörde sofort Einspruch zu erheben. Diese kann in bestimmten Fällen aus Billigkeitsgründen die Bürgersteuer stunden, ermäßigen oder auch ganz erlassen.

Rechtssprechung.

Großenhain. Am 10. Dezember verhandelte der Spruchauschuß des Arbeitsamtes Niesa über einen Einspruch des Ziegeleiarbeiters Satke. Der Kläger war in den letzten beiden Jahren bei der bekannten Firma Dampfziegelei Martin Dörschel in Schönborn bei Großenhain beschäftigt gewesen. Die Firma hatte sein wöchentliches Einkommen bei der Krankenkasse zu niedrig angegeben, um im eigenen Interesse sparen zu können. Nach der erfolgten Entlassung des Klägers wurde ihm vom Arbeitsamt die Erwerbslosenunterstützung auf Grund des § 75 a abgelehnt, weil bei einem wöchentlichen Arbeitsentgelt von nicht mehr als 10 Mk. eine Versicherungspflicht nicht in Frage komme. Auf Grund beigebrochener Unterlagen aus einem Prozeß vor dem Arbeitsgericht konnte der Kläger den Nachweis erbringen, daß er wöchentlich 10 Mk. in bar und ferner täglich Mittagessen und Frühstück erhalten habe. Diese Naturalbezüge gelten natürlich gleichfalls als Einkommen. Zudem hat der Kläger durchschnittlich 40—60 Stunden gearbeitet. Mangels einer tariflichen Regelung oder besonderen Vereinbarung gelten die von den Oberversicherungsämtern festgelegten Ortslöhne, in diesem Falle 4 Mk. je Tag. Der miterkrankene Inhaber der Firma bestritt, an den Kläger wöchentlich 10 Mk. in bar ausgezahlt zu haben. Seine Aussagen waren jedoch voller Widersprüche, so daß er vom Vorsitzenden daraufhin belehrt werden mußte. Bezeichnend war, daß Dörschel erklärte, keine Bücher zu führen. (Hörst du, Finanzamt?) Dem Kläger wurde die Unterstützung zugesprochen. Im übrigen wurde seitens des Vorsitzenden des Spruchauschusses Herrn Dörschel erklärt, daß das Arbeitsamt gegen ihn bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstatten müsse. Aus vorstehendem ist zu ersehen, daß die Verhältnisse bei der Firma M. Dörschel jeder Beschreibung spotten. Den dort beschäftigten Arbeitern wird der Lohn nach Belieben gezahlt. Mit der Abführung der Beiträge an die Krankenkasse ist es ähnlich. Einbehaltene Versicherungskarten der Invalidenversicherung sind einfach verschwunden, wenn die Arbeiter sie vom Inhaber der Firma zurückfordern. Die Arbeiter dieses Betriebes sind allerdings unorganisiert und zum Teil nationalsozialistisch eingestellt. Nur die Tatsache, daß der Kläger den Fabrikarbeiterverband anrief, verhalf ihm zu seinem Rechte.

Prolet üB' Solidarität

Hilf' deinen Kameraden!

Gib' für die Gefangenen- und Verwundeten-Hilfe

Gegen die Gewerkschaftsfeinde von links und rechts.

Schwer lasten die Erscheinungen der Krise auf der Arbeiterschaft. Sie drücken auf den Lebensmut und schwächen den Kampfsgeist. Diese Tatsache wird vom Arbeitgeberum in sehr geschickter Weise ausgenutzt, um die Position der Arbeiterschaft weiter zu schwächen. Aus den großen Klassenkämpfen der Geschichte wissen wir, wie es die herrschenden Schichten zu allen Zeiten verstanden haben, den Unmut, der in den Massen des Volkes garte, von sich abzulenken und Unfrieden in den Reihen der Volkleidenden zu stiften. Versteht man es, die Zielrichtung der kämpfenden Massen zu verändern, indem man sie gegeneinander heßt, dann hat man schon halb gewonnen.

Auch heute wieder bedient sich der Kapitalismus mit großem Geschick der politischen (nationalsozialistischen) Massenbewegungen, die sich allerdings zu Unrecht Arbeiterbewegung nennt! „Teile und herrsche!“ war von jeher ein wichtiger Bestandteil der Kampfmittel der herrschenden Klasse, und es wird auch heute wieder vielfach in den Betrieben angewendet, teils mit, teils ohne Erfolg. Den Unternehmern ist eine hundertprozentige gewerkschaftliche Organisation ihrer Betriebsbelegschaft, und sei sie noch so gemäßigt, weitaus unangenehmer als eine Anzahl von konkurrierenden Arbeitergruppen, die zwar an Wortradikalismus das Menschenmögliche leisten, aber aus Konkurrenzgründen nicht zu praktischer Arbeit gelangen können.

Unternehmer, die vor noch gar nicht langer Zeit zwangsläufig mit den Gewerkschaften arbeiten mußten, greifen heute nur zu gern zu dem für sie rettenden Strohalm der nationalsozialistischen Bewegung, ja, sie begünstigen sogar stillschweigend da und dort die Kommunisten und die KGO.

Aus einem Betrieb in Schlesien ist uns bekanntgeworden, daß seine Leitung, die nicht gerade arisch ist, durch Angestellte während der Arbeitszeit jüngere Arbeiter im nationalsozialistischen Sinne bearbeiten ließ. Da im Betrieb in der Regel die Nazis bei den geistig minderbemittelten Angestellten Boden fassen, diese wiederum in einem übergeordneten Verhältnis zu den Arbeitern stehen, kann man leicht ermessen, wie durch kleine Begünstigungen und Druckmittel hier „überzeugungstreue“ Nazikämpfer geschaffen werden. Bei Betrieben in ländlichen Gebieten kommt noch hinzu der Einfluß der Umwelt, der Militär- und Frauenvereine und der evangelischen Geistlichkeit. Alle Elemente, die noch nie etwas für die Arbeiter übrig hatten, bemühen sich unter der Maske der hitlerischen Volksgemeinschaft, die Betriebsarbeiter von ansprecher, freier Bestimmung abzubringen und sie dem Kapitalismus dienstbar zu machen.

In einem Falle hat ein Ziegeleibesitzer seine Leute unter Bezahlung der angefallenen Arbeitsstunden mit einem Lastauto gratis zur Hitlerlandung transportiert. Man kann sich bei der heutigen Krise ungefähr denken, was es heißt, in solcher Situation und gegenüber einem solchen Moralhelden anrecht zu bleiben. Auf diese Weise erzieht man Heuchler

und täuscht nebenbei seinem „großen Führer“ recht viel Volk vor. Diese mißbrauchten Menschen werden sich einmal rächen.

Solche und ähnliche Vorfälle könnten in beliebiger Zahl dargestellt werden. Es ist direkt rührend, wie sich Arbeitgeber, die man bisher nur als rückwärtslose Ausbeuter kannte, geradezu mit Leiden-schaft für die neu modische „Arbeiter“-Partei agitatorisch betätigen. Welche Arbeiter mit gefunden Gehirnen könnten hieraus nicht die notwendigen Schlüsse ziehen?

Ob die Arbeitgeber auf die Dauer an diesen Praktiken Freude haben werden, sei dahingestellt. Immerhin ist es für die Arbeiterschaft bedauerlich, daß zu den allgemeinen Erscheinungen der Krise auch noch diese Schwächung ihrer Kampfbasis kommt. Stumpfsinniger Haß und Verblendung ist es; was manchen Arbeiter veranlaßt, sich gegen die eigene Klasse zu stellen.

Die Tatsache, daß da und dort die Nazis und Kozis, die feindlichen Brüder, gemeinsame Streikleitungen gebildet haben, kann niemand darüber hinwegtäuschen, daß sie, allein durch die Spaltung, die Geschäfte des Kapitalismus besorgen.

Es gibt auch Arbeitgeber, die ganz ehrlich sich zu dem Grundsatz „divide et impera“ (teile und herrsche) bekennen, und die offen zugeben, daß es ihnen viel angenehmer sei, wenn im Betriebe mehrere gegensätzlich eingestellte Gruppen der Arbeiterschaft bestehen.

Also braucht die Arbeiterschaft eine einheitliche Organisation. Das Schimpfen auf die von den Gewerkschaften geschaffenen Tarifverträge hat so lange keinen Sinn, als die Besserwisser sie nicht besser machen. Daß sie es nicht können, wissen sie genau. Deswegen beschränken sie sich auf Verleumdungen. Die tarifvertragliche Auswirkung im Betriebe ist um so besser, je geschlossener die Gewerkschaftsfront steht. Durch die geradezu hirnverbrannte Agitation der Kommunisten und Nazis ist es aber leider oft schon so weit, daß manche Arbeiter im gewerkschaftlichen Tarifvertrag einen Nachteil erblicken. Wenn der Verband Tarifverträge nicht mehr abschließt und zuseht, wie sich die „Revolutionäre“ mit ihren unorganisierten Lieblingen helfen werden, dann werden sie durch Schaden klug. Dann kann die Konkurrenz ihren starken Worten auch einmal Taten folgen lassen.

Die Arbeiterschaft tut gut, die „Arbeiterfreunde“ von rechts genau unter die Lupe zu nehmen. Andererseits muß den maßlos verhetzten kommunistisch eingestellten Arbeitskollegen immer wieder vor Augen geführt werden, daß sie die Geschäfte des Klassengegners besorgen. Die von der KPD betriebene Spaltung der Gewerkschaften hat der KGO nicht den geringsten organisatorischen Erfolg gebracht. Die Drahtzieher dieser Bewegung schrecken aus Haß gegen die freie Arbeiterbewegung auch vor der Selbstvernichtung der Arbeiterschaft nicht zurück. Unser Grundsatz muß sein, dem von Arbeitgeberseite geförderten Prinzip des „teile und herrsche“ das entgegengesetzte, alleinmögliche Prinzip entgegenzustellen:

Schafft euch Macht durch Geschlossenheit in den freien Gewerkschaften!

S. K.

Die kommunistischen Uchermittwochsdemagogen.

Der kommunistische „Einheitsverband der Metallarbeiter“ befindet sich — wie jede kommunistische Gewerkschaft ohne Mitglieder — nach jedem gewerkschaftlichen Putz in Katerstimmung. Nach jeder zusammengebrochenen Lohnbewegung — und sie brechen alle zusammen — können diese KPD-Funktionäre, die sich als Gewerkschafter ausgeben, ihren in die Arbeitslosigkeit gejagten Opfern nichts geben. Höchstens reicht es zu einem Teller Wassersuppe oder zu einem Löffel voll zehnfach verdünnter Wurzelsuppe, die ein Schlächtermeister gnädigst schenkt und dem die KPD-Presse dafür ihren tiefgefühlten Dank ausspricht. Und wenn die Bettlei ein ganz glänzendes Resultat hat, dann erhält eine Familie der aus Lohn und Brot Gehehten je Woche 1,50 Mk. Anders kann es bei den ziel- und planlosen von der KPD inszenierten Streiks auch nicht sein. Trotzdem zerstören KGO und KPD systematisch jede gewerkschaftliche Organisation, wenn sich die Möglichkeit bietet. Diese verantwortungslosen „Führer“ arbeiten für die Unternehmer, denn diese sind bei jedem KGO-Streik Sieger, die Arbeiter die Geschlagenen. KPD und KGO fördern die Organisationslosigkeit der Arbeiter und bereiten damit ihre Niederlagen vor.

Ohne organisatorische Grundlage kann die Arbeiterschaft gegen das organisierte Unternehmertum keine Kämpfe mit Aussicht auf Erfolg führen. Wer auf den Rat der KPD der gewerkschaftlichen Organisation fernbleibt, der bekundet damit, daß er mit ihr nichts zu tun haben will, daß er auf ihre Hilfe verzichtet. Er verweigert seinen organisierten Klassen-genossen die Solidarität. Logischerweise kann er Hilfe für sich von ihnen auch nicht fordern. Aber die KPD und KGO fordern für die unorganisierten unkollegialen Arbeiter die Hilfe der Organisierten. Ob aus Dummheit oder Frechheit wissen wir nicht, vielleicht aus beiden.

Nun hat die Zahlstelle Berlin unseres Verbandes auf ihrer Generalversammlung am 13. November 1932 beschlossen, „für die Industrien, deren Arbeiterschaft schlecht organisiert ist, keine Tarife mehr abzuschließen“. Entsprechend diesem Beschlusse hat dann die Berliner Ortsverwaltung den Tarif für die Batterie- und Elementenfabrik gekündigt. Der Fabrikarbeiter-Verband ist nicht berechtigt, sich zum Vormund über eine unorganisierte Arbeiterschaft aufzuwerfen. Das wäre eine Unmaßung. Ebenjowenig kann er die aus einem Tarifvertrag sich evtl. ergebenden Konsequenzen für unorganisierte tragen. Ist die Arbeiterschaft nicht bereit, Mitglied ihrer Organisation zu sein, so kann nicht erwartet werden, daß diese Arbeiterschaft im gegebenen Falle dem Verbands Gefolgschaft leistet. Der Verband ist auch nicht berechtigt, die Beiträge der organisierten Mitglieder für unorganisierte zu verwenden. Das ist alles selbstverständlich und logisch. Aber bei der KPD und der KGO steht ja die Logik auf dem Kopf. Weil die KGO

Streiks einleitet ohne jede organisatorische Vorbedingung, deshalb ihre Niederlagen, die sie allerdings in Siege umlöst.

Zu dem Beschluß unserer Berliner Zahlstelle hat der kommunistische „Einheitsverband der Metallarbeiter“ (wie größt-wahrscheinlich) ein Flugblatt verbreitet. Da heißt es unter anderem:

„Ein tarifloser Zustand bedeutet für die Arbeiterinnen und Arbeiter der Batterie- und Elementenbetriebe eine dauernde Gefahr des Lohnabbaues. Hier zeigt sich die ganze Niederträchtigkeit der Führung des Fabrikarbeiter-Verbandes. Sie helfen somit an der Durchführung der Unternehmerforderungen auf Abschaffung der Tarife. Sie geben wieder eine soziale Errungenschaft preis.“

Dann gibt der RGO-Mann der Arbeiterschaft folgenden KPD-Rat:

„Ihr könnt durch entschlossenes, einheitliches Auftreten den Unternehmer zwingen, die Tariflöhne weiterzuzahlen und mit euch selbst die Verlängerung des Lohnabbaus ohne Lohnabbau zu vereinbaren.“

Der RGO-Mann rät also der Arbeiterschaft, nicht etwa ihrer Organisation treu zu bleiben, sondern er sagt ihnen sogar, daß sie ohne Organisation mit dem Unternehmertum ebenso fertig werden könnten wie mit Hilfe der Organisation. Weshalb der komische RGO-Führer der Leitung des Fabrikarbeiter-Verbandes Niederträchtigkeit vorwirft, ist dann allerdings rätselhaft. Das soll wohl heißen: Weil die Arbeiterschaft nicht organisiert ist oder dem Verbande den Rücken gekehrt hat, deshalb ist die Fabrikarbeiter-Verbandsleitung niederträchtig. Darauf kann man immer wieder nur die Frage stellen: Sind die KPD- und RGO-Führer gesund? Schwerlich, denn ihr höchstes Fest im Jahr ist die Faschnacht.

Gegen die professionellen Verleumder.

In der Atmosphäre von Gewalt und Unrecht in Deutschland gedeihen auch die Lüge und die Verleumdung. Besonders stark richtet sich die Verleumdung gegen die Führer der Arbeiterbewegung, um diese Bewegung selbst zu schwächen oder zu zerstören, d. h. also, die Kampfkraft der Arbeiterschaft zu vernichten. Der DGB. tritt den Verleumdungen entgegen durch die folgende Erklärung:

Seit längerer Zeit werden im Reiche andauernd Gerüchte verbreitet, wonach zwischen Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und Führern der Nationalsozialistischen Verhandlungen mit dem Ziele gegenseitiger Annäherung geführt würden. Wir wiederholen nochmals, daß diese Gerüchte aus der Luft gegriffen und unwahr sind.

Neuerdings wird sogar mit angeblich amtlichen Protokollen gearbeitet, die als Beweismittel für den „Klassenverrat des DGB.“ dienen sollen. Gestützt auf diese angeblichen „Protokolle“ ist am 2. Dezember d. J. in der Zeitung „Volkswille“ (Lenin-Bund) erneut behauptet worden, es hätten solche Verhandlungen stattgefunden.

Wir erklären, daß diese angeblich amtlichen Protokolle mit ihrem ganzen Inhalt freierfunden sind. Unser Rechtsbeistand ist mit den erforderlichen Schritten gegen die Verleumder und die Urheber beauftragt worden. Der unverkennbare Zweck aller dieser falschen Behauptungen und böswilligen Erfindungen ist, in der Arbeiterschaft Mißtrauen gegen ihre Führer zu wecken und Zwietracht in die Reihen der Arbeiterbewegung zu tragen.

Berlin, 8. Dezember 1932.

Der Bundesvorstand.

Leipart und Schleicher.

Zur Abwehr von Irrtümern und Unterstellungen.

Die Wiedergabe einer Unterredung zwischen Theodor Leipart und einem Pariser Zeitungsmann, von der auch in einem Teil der Presse Notiz genommen worden ist, gab dem Kollegen Leipart Veranlassung zu dem folgenden Schreiben an die Redaktion des „Excelsior“ in Paris:

In Ihrer Ausgabe vom 4. Dezember d. J. bringen Sie unter der Überschrift „Les pourparlers entre von Schleicher et les syndicats Ouvriers“ einen Bericht Ihres Korrespondenten aus Berlin, der eine Unterredung mit mir wiedergibt. Dieser Bericht enthält mehrere Unrichtigkeiten, die mich zwingen, Sie um folgende Richtigstellung zu ersuchen:

1. Es ist unrichtig, daß Ihr Korrespondent mir die Frage gestellt hätte, ob der von mir geführte Gewerkschaftsbund dem

* Die Unterhandlungen zwischen Schleicher und den Arbeitergewerkschaften.

General von Schleicher die für die Befestigung seiner Macht benötigte Waffenruhe gewähren würde. Jedenfalls hat Ihr Korrespondent selber gemerkt, daß über eine solche Waffenruhe nicht die Gewerkschaften, sondern die politischen Parteien im Reichstag zu entscheiden hatten.

2. Es ist un wahr, daß ich erklärt hätte, die Regierung müsse „für einige Zeit“ die Verfassungs- und Wahlreformpläne beiseite lassen. Ich habe vielmehr Ihren Korrespondenten auf die Mitteilungen der Presse verwiesen, daß Herr von Schleicher selbst diese Reformpläne nicht für zeitgemäß halte.

3. Es ist unrichtig, daß Ihr Korrespondent mir vorgehalten hätte, die Gewerkschaften würden gegen einfache Versprechungen sich der militärischen Kontrolle unterwerfen.

4. Es ist deshalb auch un wahr, daß ich auf die Worte „militärische Kontrolle“ ein protestierendes Aufspringen nicht habe unterdrücken können. Hätte Ihr Korrespondent eine solche oder ähnliche Bemerkung zu mir geäußert, so würde ich die darin liegende beleidigende Unterstellung mit derben Worten zurückgewiesen haben.

Wovon man spricht.

Die intensive Werbearbeit hat immer Erfolge aufzuweisen gehabt. Unsere Werber arbeiten mit abwechselndem Erfolg. Wenn es nicht der Fall wäre, würden die Kollegen schon längst die Flinten ins Korn geworfen haben. Nur die Ausdauer in der Werbearbeit bringt Erfolg. Wenn auch bei dem einzelnen der Erfolg nicht sofort hundertprozentig eintritt, so freut sich der Werber doch, wenn er nur ein einziges Mitglied für den Verband gewinnen kann. Er hat die Arbeit nicht umsonst gemacht. Man spricht davon. Er sammelt Erfahrungen, und das nächste Mal geht es desto besser. Er geht wieder an die Arbeit, und der Erfolg ist größer.

Deshalb fang an zu werben — zögere nicht! — Fang an, wo du willst — nur zögere nicht! In dem Betrieb, wo du arbeitest, kannst du noch für den Verband werben, es gibt dort noch Unorganisierte genug. Von Haus zu Haus kannst du mit der Werbearbeit beginnen. — Fang aber an! Wenn du beginnst, bekommen auch die anderen Mut dazu. Alles hängt nur vom Beginnen ab. Nur ein Viertelstündchen verwendet täglich darauf, bei dir selbst „Einkehr zu halten“, einen Plan zu entwerfen, was am kommenden Sonntag in der Werbearbeit geleistet werden kann! Das genügt, man spricht davon.

Deshalb heraus aus den Büros, heraus aus den Wohnungen! Jeder Versuch wird gut werden. Werbearbeit bringt Erfolg.

Man spricht schon davon. Fang an...! Befolge dieses Rezept! Es wird mit eurer Zahlstelle vorangehen!

Schon spricht man davon.

P. Herwig.

5. Es ist unrichtig, daß ich eine lebhaft bewundernde für Herrn von Schleicher geäußert hätte. Mein angeblicher Eifer, den Ihr Korrespondent bemerkt haben will, zeigte sich höchstens, als Ihr Korrespondent wiederholt die Ansicht vertrat, die Berufung des Generals zum Reichskanzler werde in Frankreich große Beunruhigung hervorrufen. Ich habe geantwortet, daß angesichts der Friedensliebe des deutschen Volkes hierfür kein Grund vorliege und daß auch von Schleicher nicht der Mann sei, wie Ihr Korrespondent sich ihn anscheinend vorstellte.

Dazu möchten wir sagen: Nach solchen Erfahrungen mit dem Ausshorcher des „Excelsior“ wäre es allerdings besser, mit solchen Leuten nur schriftlich zu verkehren, oder ihnen überhaupt die Türen zu weisen.

Gebet eines Narren.

In der „Augsburger Postzeitung“ vom 17. August wurde ein neues Hitler-Vaterunser zitiert. Es lautet:

Hilf Hitler, du bist unser Führer. Dein Name macht die Feinde zittern. Dein Drittes Reich komme. Dein Wille sei allen Gesetzen auf Erden. Laß uns täglich deine Stimme hören und befehle uns durch deine Führer, denen wir gehorchen wollen unter Einsatz unseres eignen Lebens. Das geloben wir. Heil Hitler!

Daß Hitlers Name die „Feinde“ erzittern mache, ist gut. Wir haben seither immer nur Gelächter gehört, wenn Hitler die Macht ergriff, denn jedermann mußte ja, daß in der Löwenhaut wirklich nur Hitler steckt.

doch nicht vergessen, daß wir heute den Heiligen Abend haben, wo die Herzen der Menschen rascher, erwartungsfreudiger, gebensjülicher schlagen.

Ein Hund kläfft, aus einem Verschlage dringt das gefällige Schmaßen zweier Schweine. Sonst ist nichts zu sehen und zu hören. Ich muß doch einmal anknöpfen. Die Tür tut sich auf, eine ganz unweihnachtliche, schrille Stimme fragt nach meinen Wünschen. Ich will so recht voll Demut und Verjüngung an den Frager herantreten, da pfeift auch schon ein hartes Etwas durch den Raum, und ein kurzes „Kaus, du Lump!“ wirft mich wieder auf die Straße. Da stehe ich nun. Von der Stirn tropft Blut. Na, mit der Demut und dem Frieden ist es ja jetzt vorbei. Der Teufel soll doch den ganzen Schwindel holen! Wir haben doch bestimmt so an die 15—18 Grad Kälte, und dazu eine blutende Stirn, und wieder auf der Landstraße.

Weiter. Ich komme in einen Ort. Am Dorfseingang liegt eine Fabrik, wie mir's scheint, eine Papierfabrik; die kenne ich ja! Nebenan wohnt der Herr Direktor. Sein Name leuchtet im Laternenlicht. Eben verkündet die Kirchenglocke die sechste Stunde.

Hier ist eine Tür. Ich klopfte an. Keia „Gereia!“ erkönt. Ich klopfte stärker. Nichts, niemand rührt sich. Kann, denke ich, ich höre doch Stimmen im Hause? Eine laute und, wie es scheint, aufgeregte Stimme, und zwischendurch vernehme ich eine weinerliche Stimme. Vorsichtig lasse ich mich im Hansflur zurecht. Da hinten fällt ein schwacher Lichtschein aus der Tür. Ich trete näher. Durch einen Spalt übersehe ich die Stube. Im Hintergrund knarrt eine Person, eben die ist's mit der weinerlichen Stimme. Vor ihr steht der Fabrikbesitzer, und am Tisch lehnt ein junger Mensch mit bleichem Gesicht und zusammengeklappten Lippen, offenbar sein Sohn.

Ich höre still zu. Es verschlägt mir den Atem, siedendheiß wird mir, hineinstürzen möchte ich und diesem Rindgeschick gehörig

Jugendbewegung. Werbeabend der Fabrikarbeiter-Jugend Hannover.

Zu einem gewerkschaftlichen Jugend-Werbeabend hatte für Sonnabend, den 10. Dezember, die Zahlstelle Hannover des Fabrikarbeiterverbandes eingeladen. Der Erfolg zeigte sich in dem starken Besuch, für den der große Volksheimsaal kaum ausreichte. Außer der Begrüßungsansprache des Kollegen Contentius und der Werbeanzeige, in der Kollege Geiger vom Hauptvorstand des Fabrikarbeiterverbandes die dringende Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation der jungen Arbeiterinnen und Arbeiter im Fabrikarbeiterverbande darlegte, war der Werbeabend völlig das Werk der Jugend. Mit großem Eifer hatte sie sich ihrer Aufgabe gewidmet und mit verhältnismäßig geringen Mitteln einen Werbeabend ausgestaltet, der völlig dem Charakter und dem Denken und Fühlen der Jugend entsprach und der große Anerkennung verdient.

Die musikalische Umrahmung der Veranstaltung hatte das Orchester der Buchdrucker-Jugend übernommen und ausgezeichnet durchgeführt. Der übrige Teil des Werbeabends wurde von der Fabrikarbeiter-Jugend bestritten. Fanfarenbläser und Trommler des Spielerkorps riefen zum Aufbruch in die neue Zeit. Die Volkstanzgruppe gab eine sehr gefällige Schau. Wandersfahrtenberichte der Fabrikarbeiter-Jugend in Lichtbildern, die Kollege Dur mit launigen Bemerkungen begleitete, gaben Kunde von dem Reiz und den Freuden der Wochenendfahrten und der Sonntagsfahrten der Fabrikarbeiter-Jugend in Wald, Heide und Gebirge. Den Schluß und zweifellos auch den Höhepunkt der Veranstaltung brachte eine sehr gelungene Aufführung des Sprechchors der Fabrikarbeiter-Jugend von Erich Kästners „Ballade vom Unterschied“ als Bühnenstück. Es wurde vorzüglich gespielt. Einige „Songs“ wurden ganz famos vorgetragen. Daß die Verse Erich Kästners mit ihrer bitteren, satirischen Kritik der sozialen Gegenwart, der Arbeitsnot und der Satttheit der ... stums dem Denken und Fühlen unserer Jugend entsprechen, zeigte der überaus starke Beifall. Die Jugend hat gezeigt, daß sie eine sehr gelungene Werbeveranstaltung durchzuführen fähig ist. Die Veranstaltung wäre noch vollkommener gewesen, wenn die Werbung für den Verband durch Wort, Bild und Spiel auch noch durch schriftliche Werbung (Jugendflugblätter) unterstützt worden wäre und die Jugendlichen noch stärker unter den Besuchern vertreten gewesen wären.

Gelöbniß.

Wir wollen, daß die arbeitende Klasse frei werde von wirtschaftlicher Ausbeutung; daß sie gleich werde allen anderen Gliedern der Gesellschaft. Wir geloben brüderliche Kameradschaft allen, die mit uns verbunden sind für die gleichen Aufgaben und das gleiche Ziel. Unwandelbare und unverbrüchliche Treue der gewerkschaftlichen Organisation, die uns führen soll, und der wir dienen wollen!

Chemische Industrie

Sarifvertrag für die Kunstseideindustrie in Holland.

Im Dezember 1931 tagte in Düsseldorf die Zweiländer-Konferenz für die Kunstseideindustrie, an der die Kunstseidearbeiter Deutschlands und Hollands beteiligt waren. Neben anderen Fragen wurde auch die Aussicht erörtert, in Folge der internationalen Vertrauung der Kunstseideindustrie auch zu einer gleichartigen internationalen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Trufbetrieben zu kommen. Im Prinzip waren sich die Konferenzteilnehmer in Hinsicht auf die Schaffung solcher Verträge einig. Es zeigte sich aber, daß erst in den einzelnen Ländern die Grundlagen zu einem solchen späteren Vorgehen geschaffen werden mußten. Während in Deutschland die Kunstseideindustrie fast ausschließlich in der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen dem Tarifvertrag für die chemische Industrie unterstellt ist, hatten unsere holländischen Kollegen, obwohl sie seit Jahren Lohnverhandlungen mit dem Aka-Konzern führten, heftige Widerstände gegen die Abschließung eines Kollektivvertrages zu bestehen.

Wie unsere holländische Bruderorganisation nunmehr mitteilt, ist es mittlerweile gelungen, zum ersten Male für die Betriebe des Aka-Konzerns einen Kollektivvertrag abzuschließen, der für die Arbeiterschaft in der holländischen Kunstseideindustrie teilweise wesentliche Verbesserungen gegenüber dem bisherigen Zustand bringt, unter anderem auch in der Prämien- und Urlaubsfrage.

Daß der Abschluß eines solchen Vertrages, der für die holländischen Kunstseidearbeiterinnen und -arbeiter von großer Bedeutung ist, trotz der herrschenden Wirtschaftskrise möglich war, kann unsere holländische Bruderorganisation als einen beachtlichen Erfolg buchen. Sie beweist damit, daß so wie in

Du selige, - - -

Von A. Neumeister.

Das ist doch eine verflucht windige, verkorene Jahreszeit. Ich weiß nicht, was ich mit dieser, ich möchte beinahe sagen, kalten Kälte anfangen soll.

Ihr müßt nämlich wissen, daß ich im Augenblick auf einer Wanderung durch Schnee und Eis bin und mir gerade überlege, ob ich mich in einem Heuschaber einquartieren soll, oder ob der Versuch von Erfolg begleitet sein wird, einen Menschen gerade heute — wir schreiben doch immerhin den vierundzwanzigsten Dezember — von meiner derzeitigen Verfassung zu überzeugen.

Ich stehe also auf einem Wege und überlege. Ringsum ist Winter, mit verschneiten Wäldern, Krähenlärm und einer Stille, die einen zur Verzweiflung bringen kann. Im übrigen bin ich ganz friedlich gesonnen, so recht weihnachtlich.

Da höre ich von weither ein näherkommendes, einmal Ping — ping, dann wieder Pong — pong, Ping — pong in lustiger Abwechslung. Aha, ein Schlitten ist's, und ein Weihnachtschlitten dazu. Ein mächtiger Lannenbaum liegt auf dem Fahrweg, und eine vollkommene Weihnachtsbäckerei muß im Innern verborgen sein; duftet mir's doch so angenehm an der Nase vorüber. Vorbei, ich stapfe weiter. Die blaugroten Hände klopfen ich in den Mantel. Die Füße spüren keine Kälte mehr. In diesem traurigen Zustande wandere ich durchs Land, heute am Weihnachtsabend. Und ich bin doch immerhin ein Mensch, der Anspruch auf — — — schweigen wir lieber. Ich möchte niemandem die Festfreude verderben. Ich bin schon ganz glücklich, einen Lannenbaum mit Harz zu sehen und solch lustiges Schellengeläut zu hören. Weiter will ich ja gar nicht.

Ich trotzte weiter; dabei stoße ich auf einen Hof. Ob ich da

Doch ich will der Reife nach erzählen.

Der geht also in der Stube auf und ab, bleibt dann wieder vor der Frau stehen, redet und redet. Und was er für Worte spricht. So abfällig kann doch ein Mensch gar nicht sprechen, noch dazu am heutigen Tage. Wüste Schimpfworte und Anklagen schleudert er der Frau ins Gesicht. Und nun verstehe ich auch den Sinn der Worte. Die Frau, ach, sie ist ja noch ein so blühendes Ding, ist Arbeiterin der Papierfabrik, und nun fühlt sie sich schwanger. Sie bezichtigt den Sohn der Vaterschaft. Und der? Kein Leugnen, eine höhnische Lache ist seine Antwort. Mit Geld hofft er diese Geschichte aus der Welt zu schaffen. So ist er's gewohnt. Er denkt nicht daran, diesem unglücklichen Mädchen andere Zugeständnisse zu machen. Er will sich weiterhin mit dem Mantel der Unschuld schmücken.

Aber das Weib gibt nicht nach, sie bettelt und fleht: „Gedenken Sie doch, es ist Weihnachten heut, und Maria...“ „Vergleiche dich nicht mit der Mutter Gottes, du Dirne!“ „Und wenn ich es nach Ihrer Meinung bin, hat mich nicht Ihr Sohn dazu gemacht?“

„Schweig, du — — —!“ „Da springt das Weib auf; hebt die Hände empor und schreit mit anklagender, zuckender Stimme: „Ich schwöre, daß dieser hier der Vater meines Kindes ist — — —“

Da wird es plötzlich still. Ich höre nur einen dumpfen Fall. Dieser Mensch hat das Weib, das schwanger ging, geschlagen. An mir vorbei schreien sie, mit den Gesangbüchern unter den Armen, zur Christmesse.

Am Boden liegt eine geschlagene Frau — und die Glocken klingen: „Friede auf Erden.“ Ich bin abwärts meiner Wege gegangen mit dem Gräbeln im Kopf über diese Worte: „Friede auf Erden“ und dem heißen Wunsche: Ein Kämpfer möge aus dieser ent-

Deutschland der Fabrikarbeiterverband auch in Holland die Organisation der Fabrikarbeiter die wirksame Interessenvertretung der Rüstfidearbeiterinnen und -arbeiter ist.

Die deutsche Kali- und Kochsalzgewinnung im Jahre 1931.

Eine interessante Zusammenstellung über die Produktions- und Absatzverhältnisse in der deutschen Kali- und Kochsalzindustrie wurde von dem Statistischen Reichsam veröffentlicht. Für uns ist der äußerst starke Rückgang der Produktion besonders wichtig, der in der ohnehin durch Nationalisierung und durch Betriebsstilllegung dezimierten Kaliindustrie vielen Kollegen Brot und Arbeit genommen hat.

Kali- und Steinsalzbergbau.

Im deutschen Kali- und Steinsalzbergbau arbeiteten im Berichtsjahr nur noch 54 Werke, gegenüber 62 im Jahre 1930. Die Zahl der beschäftigten (berufsgenossenschaftlich versicherten) Personen verminderte sich gleichmäßig um fast ein Drittel, und zwar von 22 196 auf 15 920, während Lohn- und Gehaltssumme dieser Personen von 58,4 Millionen Mark auf 38,6 Millionen Mark zurückging.

Die Kaliabfuhr betrug im Jahre 1931 8,05 Millionen Tonnen gegenüber 11,96 Millionen Tonnen im Vorjahre, blieb also um ein Drittel hinter 1930 zurück. Der Reinkaliumgehalt der Abfuhr betrug sich auf 1,08 Millionen Tonnen im Berichtsjahr vermindert. Die Produktionsabnahme ist auf die Verminderung des Inlandsverbrauchs und der Ausfuhr zurückzuführen.

Der Rückgang der Förderung betraf die karnallitischen Rohsalze verhältnismäßig stärker als die höherprozentigen Salze. Der Anteil der Karnallite an der Gesamtförderung verringerte sich von 16 auf 13 v. H. der effektiven Menge und von 11 auf 9 v. H. des Kaliumgehaltes.

Die Förderung der Rohsalze wurden im Jahre 1931 in den Chloralkaliefabriken usw. weiterverarbeitet, während der Rest, also rund 1,5 Millionen Tonnen, für den unmittelbaren Absatz bestimmt war (gegenüber 2 Millionen Tonnen im Jahre 1930).

Table with 3 columns: Effective Menge 1000 Tonnen, K2O-Gehalt 1000 Tonnen, and rows for years 1929, 1930, 1931.

Der Rückgang der Produktion an abfähigen Kalifalzen verteilte sich auf sämtliche Kalibezirke. In den Revieren Magdeburg, Halle und Süddeutschland verminderte sich die Erzeugung (nach dem Kaliumgehalt) um je rund 40 v. H., in den Bezirken Hannover, Nordhannover und Eisenach dagegen um rund 30 v. H.

Table with 3 columns: Effective Menge in 1000 Tonnen, and rows for Hannover, Nordhannover, Eisenach, Magdeburg, Halle, Süddeutschland.

Die Produktionsrückgang gegenüber 1930 betrug sowohl bei den aus den Chloralkaliefabriken usw. kommenden höherprozentigen Salzen als auch bei den ohne Verarbeitung veräußerten kaliumreichen Salzen in gleicher Weise rund ein Drittel.

Table with 3 columns: Effective Menge, Reinkaliumgehalt, and rows for Karnallit und Rohsalze, Düngesalze (18 bis 22 v. H.), Düngesalze (28 bis 43 v. H.), Chloralkalium, Schwefelsaures Kalium, Schwefelsaures Kaliummagnesia.

Die Gewinnung der abfähigen Rohsalze (12 bis 15 v. H. K2O) erfolgt vorwiegend (zu 58 v. H.) in den nördlichen Revieren Magdeburg und Hannover, während das hochprozentige Chloralkalium zu 41 v. H. im Bezirk Nordhannover und zu 41 v. H. im hannoverschen Gebiet hergestellt wird.

In den einzelnen Bezirken ist dementsprechend die Zusammenfassung der Kalifalzproduktion sehr verschieden. Im Magdeburger Revier entfielen auf die in den Chloralkaliefabriken usw. hergestellten Salze nur 2 v. H. des Kaliumgehaltes sämtlicher abfähiger Salze, während im Eisenacher Bezirk diese Salze 96 v. H. der gesamten Erzeugung ausmachen.

Die Steinsalzförderung des Jahres 1931 betrug 2 00 Millionen Tonnen im Werte von 16,5 Millionen Mark gegenüber 2,46 Millionen Tonnen im Werte von 18,5 Millionen Mark im Vorjahre.

Das Hauptgebiet des Steinsalzbergbaues ist der Magdeburger Bezirk, der im Jahre 1931 zu 42 v. H. an der gesamten Förderung beteiligt war. Von dem Fördererückgang gegenüber 1930 wurde der hannoversche Bezirk mit 37 v. H. verhältnismäßig am stärksten betroffen.

Salinen. Während der Steinsalzabfuhr einen Rückgang aufzuweisen hatte, nahm der gesamte Salzabfuhr der Salinen gegen 1930 etwas zu. Er betrug im Berichtsjahre 502 000 Tonnen im Werte von fast 20 Millionen Mark gegenüber 496 000 Tonnen (rund 20 Millionen Mark) im Jahre 1930.

Fast 433 000 Tonnen (18,2 Millionen Mark), das sind über 86 v. H. der gesamten Abfuhrmenge, entfielen auf Speisesalz. An zweiter Stelle steht das Gewerbesalz, von dem rund 52 000 Tonnen im Werte von 1,2 Millionen Mark verkauft worden sind.

In den verschiedenen Bezirken hat sich der Absatz nicht einheitlich entwickelt. Während sämtliche norddeutschen Bezirke eine Zunahme aufzuweisen hatten, ist in Süddeutschland ein Rückgang erfolgt, der hauptsächlich auf Speisesalz entfällt. Im bairisch-schwäbischen Bezirk machte die Verringerung des Speisesalzabfuhrs über 12 v. H. aus.

Zur Herstellung des Salzes wurden im Jahre 1931 fast 1,9 Millionen Kubikmeter Sole mit einem Salzinhalt von 465 000 Tonnen verbraucht, von denen 1,4 Millionen Kubikmeter mit 316 000 Tonnen Salzinhalt auf natürliche Sole entfielen.

Solquellen.

Die Solquellen, die nicht mit Salinen verbunden sind, dienen in erster Linie industriellen Zwecken. Ihre Lieferung für Heilzwecke ist von gleicher Bedeutung wie die der obengenannten mit Salinen verbundenen Solquellen. Im Jahre 1931 wurden in 57 derartigen Solquellen über 4 Millionen Kubikmeter Sole gewonnen, von denen 1,86 Millionen Kubikmeter mit einem Kochsalzinhalt von 512 600 Tonnen für industrielle Zwecke und 0,31 Millionen Kubikmeter mit 16 000 Tonnen Salzinhalt für Bäder abgegeben wurden.

Nahrungsmittel-Industrie

Kommt das Fettmonopol?

Die Agrarier hören nicht auf, immer neue Pläne zu schmieden, die eine Verteuerung der Margarine bringen sollen. Zunächst tauchte der Plan auf, die Margarine durch Einführung eines Schutzzolles auf Margarine-Rohstoffe zu verteuern. Nachdem dieser Plan nicht durchgeführt wurde, forderte man eine Margarinesteuer.

„Entscheidend für die Landwirtschaft sind die ausländischen Margarine-Rohstoffe, die 40 Prozent des deutschen Gesamtverbrauchs ausmachen. Ein Anpacken dieser Rohstoffe aber würde die Exportindustrie nicht treffen, da die Rohstoffe aus Ländern (Cismeer, Mandtschurie, Westindien) kommen, die für den deutschen Industriexport belanglos sind.“

Wir wollen uns — in der Hoffnung, daß sich das eine oder andere vielleicht doch noch ändern läßt — auf einige Sätze beschränken:

- 1. Wenn man einen Teil der Margarine-Rohstoffe anpackt, aber den anderen — zum Beispiel den Iran — frei läßt, ist die Maßnahme wirkungslos.
2. Wenn man die gesamten Margarine-Rohstoffe anpackt, aber die Möglichkeit offen läßt, daß man als Ersatz um so mehr ausländisches Schmalz, ausländischer Speck usw. eingeführt werden, so ist das Ganze wirkungslos.
3. Wenn man zunächst nur die Fette und sonstigen Veredelungsprodukte anpackt und die Futtermittel noch weiter zu Schleuderpreisen hereinläßt, so geht die Fehlpromotion der Landwirtschaft weiter ihren Gang, und eine Getreidekatastrophe ist zu erwarten.
4. Wenn man nur einen Teil der Futtermittel anpackt und den anderen Teil frei läßt, so ist das Ganze wirkungslos.“

„Pack an!“, „pack an!“, „pack an!“ — das ist der Tenor. Es wird dann weiter ein schnelles Handeln gefordert, weil sonst alle Maßnahmen wirkungslos seien.

Die Agrarier fordern also das Fettmonopol nicht im Interesse der Allgemeinheit, nicht im Interesse der Verbraucher, sondern nur in ihrem eigenen Interesse. Sie wollen gleich ganze Arbeit machen. Sie fordern das Monopol nicht nur für Margarine und ihre Rohstoffe, sondern für alle Speisefette und für alle Futtermittel. Was würde die Folge eines derartigen Monopols für die Verbraucher sein? Und was streben die Agrarier mit diesem Monopol an? Die Begründung für den Monopolplan ist dieselbe wie die Begründung für die Schutzzölle und für die Margarinesteuer. Die Wirkung eines derartigen Monopols wird aber auch die gleiche sein.

Die Einfuhr für Margarine-Rohstoffe soll durch das Monopol zwangsweise beschränkt werden. Durch diese Beschränkung will man eine künstliche Verteuerung der Rohstoffe für Margarine, Ölbacken usw. herbeiführen, und man glaubt, daß dann mehr Butter gekauft wird. In anderen

Artikel über die Margarinesteuer in Nr. 33/1932 des „Proletarier“ haben wir eingehend dargelegt, daß durch die Verteuerung der Margarine der Butterabfuhr nicht steigen kann und nicht steigen wird. Wir brauchen dort Gelegtes hier nicht zu wiederholen. Es kann eben niemand mehr Geld ausgeben, als er hat. Es ist deshalb Unfönn, von einer Verteuerung der Margarine einen erhöhten Butterabfuhr zu erwarten. Im Gegenteil, der Margarineabfuhr wird dann auch noch zurückgehen. Wird also der Plan von Rohr (Demmin) durchgeführt, dann würde die Masse der Konsumenten erneut in unerhörter Weise belastet.

Man kann einem Monopol freundlich gegenüberstehen. Unter bestimmten Voraussetzungen kann ein Monopol den Verbrauchern sogar Vorteile bringen. Ist es Zweck und Ziel des Monopols, Privatgewinne auszuschalten und das Produkt zu verbilligen, dann kann man ihm zustimmen. Das ist aber hier nicht beabsichtigt. Bei der heutigen Regierung ist die Einführung eines Monopols, das den Verbrauchern Vorteile bringt, auch gar nicht zu erwarten.

Die Pläne zur Durchführung des Fett- und Futtermittelsmonopols verfolgen also lediglich den einzigen Zweck, der Landwirtschaft höhere Preise zu sichern. Diesen Zweck werden sie nicht erreichen. Den Massen aber wird das Monopol weitere starke Belastungen und insbesondere den Margarinearbeitern und Klararbeitern erneut Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit bringen. Ein Monopol mit diesen Bestrebungen muß unseren schärfsten Widerspruch herausfordern.

Berichte aus den Zahlstellen.

Eberswalde. Die Zahlstelle veranstaltete am Sonnabend, dem 3. Dezember, in den Räumen des Bahnhofshotels Bullerjahr eine kleine, aber würdige Jubilärfest. Eingeleitet wurde die Feier durch einige Musikstücke. Kollege H a l e m b a sprach einen Prolog. Der Arbeiter-Gesangverein „Freie Sänger Eintracht“ sang die beiden Lieder „König den Tag“ und „Ein Sohn des Volkes“.

Literarisches.

1000 Zeitungs Fremdwörter verzeichnet. Verlag des Bildungsvereins der SPD, Hamburg 38, Br. Speckstraße 44. Ein von vielen erwünschtes, sehr empfehlenswertes Büchlein zu dem in Anbetracht des wertvollen Inhalts erstaunlich billigen Preis von 10 Pf. für Organisationsmitglieder.

Advertisement for 'EINE Wünschelrute' (A Magic Wand) by F.A. Brockhaus Leipzig. The ad features a circular logo with a wand and text: 'EINE Wünschelrute zu den verborgenen Wissensschatzen des Lebens wünscht sich wohl jeder. Wie bald müßte sie sich reich bezahlt machen! Sie können sie haben! Verlangen Sie in einer Buchhandlung oder unmittelbar vom Verlag die reich ausgestattete Schrift, die kostenlos abgegeben wird. DIE Wünschelrute Praktische Winke für Leben und Wissen, Arbeit und Unterhaltung. F.A-BROCKHAUS LEIPZIG. Der Unterzeichnete bittet um kostenlose Zusendung der Schrift „Die Wünschelrute“.' There are also small decorative symbols around the ad.